



Antrag

der Abgeordneten **Diana Stachowitz, Doris Rauscher, Michael Busch, Dr. Simone Strohmayer, Martina Fehlner, Christian Flisek, Ruth Waldmann, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Florian von Brunn, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Arif Taşdelen, Margit Wild SPD**

Ausbildungsplätze in Bayern retten I – Aufklärungskampagne für das Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“ starten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine Aufklärungskampagne für das Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“ zu initiieren, um Ausbildungsbetriebe in Bayern über die finanziellen Prämien und Unterstützungsangebote des Bundes zu informieren. Die Kampagne soll dazu dienen, das Bundesprogramm bayernweit bekannt zu machen, um das Angebot an Ausbildungsplätzen in allen Branchen und allen Regionen Bayerns bestmöglich zu erhalten. Es soll verhindert werden, dass Betriebe aufgrund finanzieller Unsicherheiten nicht mehr ausbilden.

Begründung:

Die Anzahl an neuabgeschlossenen Ausbildungsverträgen hat im vergangenen Jahr den tiefsten Stand seit der Wiedervereinigung erreicht. Die Auswirkungen der Pandemie sind somit auch auf dem Ausbildungsmarkt erschreckend deutlich sichtbar: Die Anzahl der neuabgeschlossenen Ausbildungsverträge ging im Vergleich zum Vorjahr in Bayern um 8,8 Prozent zurück. Deutschlandweit lag das Minus bei 9,4 Prozent, in Industrie und Handel sogar bei 11,9 Prozent, im Handwerk bei 6,6 Prozent. Besonders betroffen sind nach Angaben des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH) von der Krise stark getroffene Berufsgruppen: Friseurinnen und Friseure, Fotografinnen und Fotografen, Maßschneiderinnen und Maßschneider oder Kosmetikerinnen und Kosmetiker.

Eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) legt nahe, dass auch in diesem Jahr, im Ausbildungsjahr 2021/2022, jeder zehnte ausbildungsberechtigte Betrieb weniger Lehrstellen anbieten wird im Vergleich zum Vorjahr. Bei den ausbildungsberechtigten Kleinstbetrieben beträgt der Anteil sogar 14 Prozent, bei Großbetrieben 6 Prozent.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat gemeinsam mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung das Programm „Ausbildungsplätze sichern“ aufgelegt, um hier gegenzusteuern und zu verhindern, dass kleine und mittlere Betriebe aufgrund finanzieller Schwierigkeiten nicht mehr ausbilden. Das Programm sieht vor, dass kleine und mittlere Unternehmen eine Prämie erhalten, wenn sie genauso viele Lehrlinge einstellen wie in früheren Jahren. Am 17. März 2021 hat das Bundeskabinett beschlossen, das Bundesprogramm zu verlängern und auf das Ausbildungsjahr 2021/2022 auszuweiten. Darüber hinaus wurde die Prämie für Betriebe auf 4.000 Euro pro Ausbildungs-

vertrag verdoppelt. Ebenso wurde auch die Größe der antragsberechtigten Unternehmen auf Unternehmen mit bis zu 500 Mitarbeitern erweitert. Bis 2022 stehen 700 Mio. Euro zur Verfügung, um Ausbildungsplätze in Deutschland zu sichern.

Laut der Studie des IAB wird das Bundesprogramm von Unternehmen zwar sehr positiv aufgenommen, problematisch ist jedoch, dass das Programm vielen Betrieben nicht bekannt ist – nur etwa die Hälfte der potenziell anspruchsberechtigten Betriebe geben an, das Förderprogramm zu kennen. Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, hier gegenzusteuern und das Bundesprogramm in Bayern mit einer öffentlichkeitswirksamen Kampagne zu unterstützen. Durch diese sollen Unternehmen über mögliche Unterstützungsangebote informiert werden – denn es gilt jeden einzelnen Ausbildungsplatz in Bayern zu sichern!